

REICHTUM UND HÖHERE EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

1. Einleitung	174
2. Die Wahrnehmung von Reichtum.....	175
3. Grundlagen des Reichtums	178
4. Die Einkommensverteilung der lohnsteuer- pflichtigen Einkommensbezieher	184
5. Verteilungsgerechtigkeit.....	191
6. Zusammenfassung und Ausblick	194

**Thomas
Hirnschrodt**

**Absolvent der
Betriebswirtschafts-
lehre an der
Universität Linz**

Thomas Höpfl

**Mitarbeiter am Institut
für Sozial- und
Wirtschafts-
wissenschaften**

Auszug aus WISO 4/2002

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

*deutscher
Armuts- und
Reichtumsbericht*

Erst letztes Jahr erschien der erste deutsche Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in Deutschland mit einer umfassenden Beschreibung der sozialen Lage bis zum Jahr 1998. Auch darin werden die bis dato mangelnden Untersuchungen über das Thema Reichtum hervorgehoben.¹ Laut dem Verein zur Förderung des Netzwerks gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird in Österreich eine ähnlich umfassende Darstellung frühestens 2003 erscheinen.

*höchste
Einkommen im
Sport, in der
Kunst und in der
Privatwirtschaft*

Einkommen und Vermögen bilden die Pfeiler des individuellen materiellen Reichtums. Die höchsten Einkommen werden im Sport, in der Kunst und in der Privatwirtschaft verdient, wobei viele dieser Einkünfte von Privatunternehmen nie offen dargelegt werden.

*für 1 1/2
Arbeitstage
Medianeinkommen*

Der bestverdienende Österreicher ist Magna-Chef Sigfried W. mit geschätzten EUR 3,6 Mio. Einkommen jährlich.² Das mittlere Jahres-Bruttoeinkommen, auch Medianeinkommen genannt, der ArbeitnehmerInnen in Österreich betrug EUR 22.041,70 im Jahr 1999.³ Magna Chef W. bekommt dieses Einkommen bereits für 1 1/2 Arbeitstage.⁴ Ist es legitim, dass eine Person mit ihrer Arbeitskraft 165mal so viel leisten bzw. Verantwortung tragen kann wie ein(e) durchschnittliche(r) ArbeitnehmerIn?

*Einkommens-
verhältnisse von
maximal 1:7
gefordert*

Vor längerer Zeit ließen Forderungen der Gewerkschaften, verschiedener Jugendorganisationen der politischen Parteien und teilweise der kirchlichen Stellen nach Einkommensverhältnissen von maximal 1:7 bzw. nach Einkommensbegrenzungen bei den Managergehältern aus ethischen Motiven aufhorchen.

Inzwischen hat sich die Kluft zwischen Einkommen der Führungskräfte und der Arbeitereinkommen noch weiter vertieft. Seit einigen Jahren bestimmen nicht nur Gehalt, Aufwandsentschädigungen und so genannte Fringe-benefits (Vorteile

von Wohnungen, Dienstwagen mit Fahrer auch zur Privatbenützung bis hin zu Dienstreisen mit dem Firmenflugzeug) die Gehaltshöhe des Managements, sondern auch beträchtliche Aktienanteile.

Durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 wurde die bei uns vorherrschende Progression nur bei mittleren und gehobenen Einkommen bis zu ATS 1 Mio. / EUR 72.673 erhöht, während sich die Progression bei Einkommen jenseits der Schilling-Millionengrenze sogar verminderte.⁵

*Struktur-
anpassungs-
gesetz 1996*

Im internationalen OECD-Vergleich ist Österreich bei der Besteuerung des Vermögens mit 1,3 % absolutes Schlusslicht. Zum Vergleich liegt diese Besteuerung in Deutschland bei 2,5% und in Großbritannien sogar bei 10,9 %.⁶

*Schlusslicht bei
der Besteuerung
des Vermögens*

Österreich ist eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt und drittreichste Nation innerhalb der EU.⁷ Das Privatvermögen aller Österreicher beträgt EUR 581,38 Mrd. Davon besitzen die reichsten 10 % rund die Hälfte, während den ärmsten 50 % nur drei Prozent gehören.⁸

Im europäischen Vergleich liegt das durchschnittliche Lohnniveau in Österreich, ohne Berücksichtigung von Abweichungen nach oben und unten, allerdings gut ein Drittel hinter jenem des Spitzenreiters, Luxemburg.⁹

*durchschnittliches
Lohnniveau*

2. Die Wahrnehmung von Reichtum

Zunächst einmal scheint es lohnend, die verschiedenen Zugänge und aktuellen Wahrnehmungen zum Thema aufzuzeigen.

2.1. Die reichsten Österreicher

Reichtum ist – ebenso wie der Begriff Armut – eine wertgeladene Angelegenheit. Oft gibt es keine objektiv eindeutige und beweisbare Antworten zur Frage, wer als reich zu be-

zeichnen ist. Über ihr Einkommen oder Vermögen sprechen viele Österreicher nicht gern.

Geld- und Vermögensbesitz erweckt oftmals Neidgefühle

Andererseits erweckt Geld- oder Vermögensbesitz oftmals Neidgefühle (unter Umständen auch Schuldgefühle) bei denen, welche es trotz mehr oder minder großer Anstrengungen nicht so weit bringen wie die wenigen Mitbürger, die rein von der Vermögenssubstanz leben können. Trotzdem sind wir nicht in der Situation der Zwischenkriegszeit, in der Reichtum von vielen Teilen der Bevölkerung als „unanständig“ oder „verwerflich“ angesehen wurde.

Understatement wird bevorzugt

Obwohl nicht nur große Vermögen vererbt werden, ist das Thema Vererbung tabuisiert. Wenn man von den ganz Reichen absieht, die es oft schätzen wie Künstler oder Sportler im Licht der Öffentlichkeit zu stehen, wird eher Understatement bevorzugt.

„Top fünf“ des österreichischen Geldadels

Wer zählt in Österreich zu den „Money Makers“ und wie gelang es diesen Personen zu solchem Vermögen zu kommen? Wie man aus öffentlichen Äußerungen und diversen Wortspenden, aber auch durch Gesellschaftsreportagen erfährt, genießen es diese Personen in diversen Rankings (Kleidung, Attraktivität, Vermögen usw.) aufzuscheinen. Die aktuellen „Top fünf“ des österreichischen Geldadels, der – und das muss auch erwähnt werden – im internationalen Maßstab eine vernachlässigbare Größe einnimmt, sollen im Folgenden kurz dargestellt werden:¹⁰

vom Vater geerbter Konzern

Die wohlhabendste Person in unserem Land ist Friedrich Karl F. (75). Der ehemals deutsche Staatsbürger verkaufte Mitte der achtziger Jahre einen von seinem Vater geerbten Konzern mit 43.000 Mitarbeitern und EUR 10,9 Mrd. Umsatz um offizielle EUR 2,54 Mrd.

Friedrich Karl F. lebt von den Zinsen und Dividenden seiner mittlerweile EUR 5,9 Mrd., die aus Steuervermeidungsgründen

nicht in Deutschland, sondern bei Wiener Großbanken deponiert sind.

Karl W. (84), ein ehemaliger Barpianist, schaffte es durch das Konzept des „Billigen Ladens Billa“ zum Multimilliardär aufzusteigen. Um EUR 1,09 Mrd. verkaufte er 1996 die Handelskette an den deutschen REWE-Konzern. Sein momentanes Privatvermögen wird auf EUR 2,7 Mrd. geschätzt, welches er hauptsächlich in Immobilien veranlagt hat.

Konzept des „Billigen Ladens Billa“

Dr. Ferdinand P. (65), ehemaliger VW-Chef, besitzt geschätzte EUR 2,7 Mrd. Privatvermögen. Er ist der Enkel des Porsche-Gründers und VW-Käfer-Vaters Ferdinand Porsche.

Enkel des Porsche-Gründers

Die Karriere des Absolventen der Technischen Hochschule in Zürich führte ihn über Porsche, NSU bzw. Audi zu VW, wo er seit 1992 bis zuletzt im Vorstand arbeitete.¹¹

Die ehemalige Sekretärin Heidi J., nun Heidi H.-C. (61), kam durch die Heirat mit dem deutschen Kaufhausmilliardär Helmut H. zu ihrem Vermögen. Der gebürtige Bonner baute im Laufe seines Lebens den Kaufhaus Konzern H. auf. Die H.-Kette entwickelte sich zum viertgrößten Warenhauskonzern in Deutschland, der im Unterschied zur Konkurrenz in Einzelbesitz blieb. Helmut H. starb 1987 und hinterließ ein Vermögen, das auf EUR 3,27 Mrd. geschätzt wurde.¹²

ehemalige Sekretärin

Aufgrund dieser kurz umrissenen Illustration durch einige Zahlen, Fakten und Beispiele scheint das Thema Reichtum vor allem auch in Österreich aktuell zu sein.

2.2. Definitiverischer Zugang

Leider gibt es den dringend notwendigen Reichtumsbericht für Österreich noch nicht. Er sollte auch die Frage beantworten, was eigentlich Reichtum in Österreich ist. Unter „Reichtum“ werden im wissenschaftlichen und alltäglichen Sprachge-

*übersteigt den
notwendigen
Bedarf
wesentlich*

*Einkommens-
Reichtums-
grenze eine
Million Schilling*

brauch sehr unterschiedliche Sachverhalte bezeichnet. Das Konversationslexikon hilft uns (wie so oft) nicht weiter. Es beschreibt Reichtum als die wirtschaftliche Situation von Personen, einer Gruppe oder auch einer ganzen Gesellschaft, „... in der die Summe verfügbarer Güter und Werte den zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse notwendigen Bedarf wesentlich übersteigt.“¹³ Was aber bedeutet das Kriterium „wesentlich“ bzw. „unwesentlich“? Was bedeutet „verfügbar“? Beinhaltet es entsprechend dem bürgerlich-rechtlichen Eigentumsbegriff „Schalten und Walten nach eigenem Gutdünken“? Oder ist eine sparsame Lebensweise (die man vielen Millionären nachsagt), fallweise kombiniert mit einer beträchtlichen Größe an Aktienvermögen, nicht ebenfalls als Reichtum aufzufassen? Das 22.000 Stichwörter enthaltende „Gabler Wirtschaftslexikon“¹⁴ schweigt sich zum Punkt Reichtum beispielsweise überhaupt aus. Die Definition des materiellen Reichtums (den wir in diesem Beitrag ausschließlich als Einkommens- und Vermögensbesitz auffassen) ist wie die Definition der Armut relativ. Als Einkommens-Reichtums-grenze wählten wir für die Untersuchung im empirischen Teil den Betrag von einer Million Schilling oder 72.673 Euro Bruttojahreseinkommen. Alternativ wird oft von 150 bzw. 200 Prozent des Einkommensmittelwerts als Grenze gesprochen. Mit dieser Definition lehnt man sich dabei an die Messkonzepte der Armutsforschung an. Des Weiteren werden auch noch die obersten 10 bzw. 5 Prozent der Einkommensbezieher als mögliche Reichtumsspitze genannt. Auch das Heranziehen der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlagen (z. B. bei der Sozialversicherungspflicht) bietet sich als Möglichkeit an.¹⁵

3. Grundlagen des Reichtums

*Kerngrößen
Vermögen und
Einkommen*

Vorerst befassen wir uns mit den Quellen des persönlichen Reichtums, basierend auf den Kerngrößen Vermögen und Einkommen, bzw. den Aspekten von Einkommen, Konsum und Sparneigung.

3.1. Vermögen

Der eine wesentliche Faktor des Reichtums ist das Vermögen. Es wird ab dem Jahr 1993 in Österreich nicht mehr direkt besteuert. Die diesbezügliche Vermögensteuer wurde – übrigens gleichzeitig mit der Einführung des Stiftungsrechts – abgeschafft. Seither gibt es keine brauchbaren Statistiken mehr, womit Rückschlüsse auf Vermögensreichtum gezogen werden könnten.

*keine
brauchbaren
Statistiken mehr*

Beim materiellen Vermögen handelt es sich um sämtliches Sach- und Finanzkapital, welches sich im Besitz eines Landes oder einer Einzelperson befindet.¹⁶ Der Vermögenseffekt auf die Konsumausgaben ist verhältnismäßig unwichtig, außer bei sehr großen Änderungen der Aktienkurse.

*Vermögenseffekt
auf die Konsum-
ausgaben ist
verhältnismäßig
unwichtig*

Es gibt Schätzungen, die hervorstreichen, dass eine 1-Euro-Vermögenserhöhung den Konsum um etwa 3 Cent erhöht.¹⁷ Andererseits werden amerikanische Wirtschaftspolitiker nicht müde immer wieder festzustellen, dass die seit mehr als einem Jahr stark fallenden Aktienkurse keine wesentlichen Auswirkungen auf die amerikanische Binnennachfrage haben.

Der auch später beim Punkt Einkommen erwähnte Begriff „Humankapital“ ist als Humanvermögen für den Reichtum in zweierlei Weise von Bedeutung. Einerseits ist ein entsprechendes Qualifikationsniveau der Bevölkerung eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums bzw. Wohlstands, andererseits bildet ein hohes individuelles Humanvermögen bzw. Qualifikationsniveau die Basis für höher dotierte Arbeitsplätze.

„Humankapital“

Die Ungleichheit innerhalb der Verteilung des Humankapitals bildet einen wesentlichen Grund für die Differenzen in der Verteilung der Erwerbseinkommen. Um die Chancengleichheit für entsprechende Erwerbseinkommensquellen zu erhöhen, sollte es in einer Volkswirtschaft gelingen, die Zugangs-

*Grund für die
Differenzen in
der Verteilung*

chancen zu den Bildungseinrichtungen für alle zu ermöglichen bzw. individuelle Talente zu fördern.¹⁸

*Konzept
„Empowerment“*

Ähnliche Ziele werden auf europäischer Ebene seit dem Ende der 90er Jahre mit dem Konzept „Empowerment“ verfolgt. Die damit gemeinte individuelle Wertschöpfungsfähigkeit ist neben der Förderung von Unternehmergeist, der Anpassungsfähigkeit und der Chancengleichheit der Arbeitskräfte ein fixer Bestandteil in den EU-Arbeitsmarktentwicklungsprogrammen („Europäische Beschäftigungsstrategie“ und „Beschäftigungspolitische Leitlinien“ der EU).

3.2. Einkommen

*Strom von
Löhnen, Zinsen,
Dividenden und
sonstigen
Einnahmen*

Allgemein lässt sich das Einkommen¹⁹ als Strom von Löhnen, Zinsen, Dividenden und sonstigen Einnahmen definieren, die einer Einzelperson, einem Haushalt oder einem Land zufließen.²⁰

*Investitionen in
die persönliche
Leistungsfähigkeit*

Die unterschiedliche Eignung wirtschaftlich verwertbare Tätigkeiten zu verrichten und dadurch unterschiedliche Einkommen zu erzielen ist nicht allein durch biologische Gegebenheiten und Talent, sondern auch durch unterschiedliche Investitionen in die persönliche Leistungsfähigkeit erklärbar. Das Konzept des Arbeitsvermögens (Humankapital)²¹ wendet den betriebs- und volkswirtschaftlich gebräuchlichen Begriff Investition auch auf Ausgaben für Bildung, Ausbildung und berufliche Weiterbildung, aber auch z. B. für Gesundheitsvorsorge an.

*Stromgrößen
einer Volkswirtschaft*

Wenn man die unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen einmal beiseite schiebt und die üblichen Stromgrößen einer Volkswirtschaft näher betrachtet, stellt man fest, dass jeder Haushalt Bedürfnisse hat, welche durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen befriedigt werden. Diese Güter und Dienstleistungen werden auf den entsprechenden Märkten nachgefragt und dafür wird ein bestimmter Preis bezahlt. Dies setzt voraus, dass der Haushalt über finanzielle Mittel

verfügt. Normalerweise beschafft sich der Haushalt diese Mittel dadurch, dass er als Besitzer von Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital bzw. Grund und Boden) Faktorleistungen an die Unternehmen verkauft und somit Einkommen erzielt.

Faktorleistungen

Neben Arbeitseinkommen (durch die Zurverfügungstellung der Arbeitskraft) gibt es noch die Besitzeinkommen und den Unternehmergeinn als Einkommensformen. Bei den Besitzeinkommen handelt es sich um Pacht- und Zinseinnahmen, welche ein Haushalt aus dem Verkauf der Leistungen der Produktionsfaktoren Boden und Kapital erwirbt. Schließlich existiert als weitere Einkommensquelle der Unternehmergeinn. Jede Person oder jeder Haushalt, der selbst unternehmerisch aktiv ist, kann dieses Einkommen erzielen. Diese Aktivität kann in einer Hightech-Gesellschaft natürlich auch manchmal „kreatives Zerstören“ (Schumpeter) bedeuten und gegen die Einkommen der Arbeitnehmer gerichtet sein, wenn die Kapitalgeber schwierig zufrieden zu stellen sind.²²

*Besitzeinkommen
und Unter-
nehmergeinn*

*„kreatives
Zerstören“*

Zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen einerseits und Unternehmergeinn andererseits besteht ein wesentlicher Unterschied. Wie bereits erwähnt haben die auf den Faktormärkten angebotenen und nachgefragten Leistungen der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital einen Preis. Die Verteilung der Arbeits- und Besitzeinkommen der Haushalte hängt von den geltenden Preisen und Faktormengen ab, welche an die Unternehmungen verkauft werden. In der Regel wickelt man die Abgaben dieser Faktorleistungen mittels eines Vertrages zwischen Käufer und Verkäufer ab. Beim Aushandeln dieser Verträge (z. B. Kollektivvertrag) stimmen Eigen- und Kollektivinteressen nicht immer überein.

*Vertrag zwischen
Käufer und
Verkäufer*

Das bekannteste Beispiel dafür ist die Gehaltsteigerung eines gut verdienenden Managers, der kein Interesse hat Mitglied der Gewerkschaft zu sein, aber von den oft straff und flächendeckend organisierten Lohn- und Gehaltsrunden alljährlich profitiert.

Kontrakt-einkommen Man bezeichnet Arbeits- und Besitzeinkommen auch als Kontrakteinkommen. Der Unternehmergeinn hingegen ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Erlös aus dem Verkauf der produzierten Güter bzw. Dienstleistungen und den Kosten, welche sich bei der Produktion ergeben. Der Unternehmergeinn ist also somit eine Residualgröße (Residual-einkommen).²³

Residual-einkommen

Das Hauptaugenmerk der empirischen Einkommensanalyse liegt auf dem Arbeitseinkommen, welches von der Gesamtheit der lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher verdient wird.

3.3. Einkommen, Konsum und Sparen²⁴

drei Hypothesen Das individuelle Einkommen lässt sich auf Konsum und Sparen aufteilen. Das heißt, alles, was nicht konsumiert wird (wobei hier unter Konsum sämtliche Transaktionen des täglichen Lebens zu verstehen sind), fällt unter die Kategorie des Sparens. Die von unterschiedlichen Ökonomen entwickelten Einkommenshypothesen tätigen Aussagen über das Einkommen-Konsum-Verhalten von Volkswirtschaften. Jene drei Hypothesen, welche zumindest teilweise auf Österreich zutreffen, werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Keynes Keynes kommt in seiner „General Theory“ zum Schluss, dass die Konsumgüternachfrage überwiegend vom laufenden Einkommen abhängt. Das nicht konsumierte Einkommen spiegelt sich daher in der Sparquote wider. Der Konsum bildet sich dabei aus einem einkommensunabhängigen, dem sog. autonomen Konsum und dem einkommensabhängigen Anteil. Der autonome Konsum fußt auf der Tatsache, dass auch bei keinem Einkommen die Existenz gesichert werden muss. Keynes formuliert in seinem fundamental psychologischen Gesetz die These, dass durch steigendes Einkommen der Konsum zwar absolut zunimmt, relativ jedoch in seinem Einkommensanteil zurückgeht.²⁵ Für Österreich trifft diese These nur kurzfristig zu. Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über einen Zeitraum von 1985 bis 1997 war ein solches

Konsumverhalten nur in den Jahren 1985 bis 1987 und 1988 bis 1991 beobachtbar.

Im Jahr 1946 veröffentlichte S. Kuznets eine Untersuchung über das Konsumverhalten der Amerikaner und unterschied dabei in eine sog. kurzfristige und eine langfristige Konsumfunktion.²⁶ Die Analyse der kurzfristigen Konsumfunktion bestätigt das Gesetz von Keynes dahingehend, dass der Durchschnittskonsum eine fallende Funktion des Einkommens ist. Das Ergebnis der langfristigen Analyse (empirische Ermittlung über einen Zeitraum von 30 Jahren) brachte zum Ausdruck, dass der durchschnittliche Konsum bei steigenden Einkommen langfristig nicht abnimmt, sondern konstant bleibt. D. h., bei Kuznets' langfristiger Betrachtung existiert kein autonomer Konsum, sondern ein ausschließlich einkommensabhängiger Konsum. Am Beispiel des österreichischen Konsumverhaltens kann man längerfristig eine Konstanz des Durchschnittskonsums feststellen (mit leicht steigender Tendenz). So würde also die langfristige These von Kuznets über den betrachteten Zeitraum eher auf Österreich zutreffen.

Kuznets

A. Smithies beharrt auf der Abhängigkeit des Konsums vom laufenden Einkommen sowie dem fundamental-psychologischen Gesetz von Keynes und verteidigt damit die keynesianische Konsumfunktion, die bei ihm als kurzfristige Konsumfunktion verstanden wird. Auch Smithies kommt zum Schluss, dass der Konsum mit steigenden Einkommen proportional wächst. Er begründet dies, anders als Kuznets, mit dem Faktum, dass die Bevölkerung im Laufe der Zeit mit steigenden Einkommen eine Erhöhung des Bedürfnisniveaus vornimmt. Wenn sich im Laufe der Zeit nur das Einkommen, nicht aber die Lebensumstände ändern würden, wäre die kurzfristige Konsumfunktion auch längerfristig gültig.²⁷

Smithies

Smithies kommt im Prinzip zu dem gleichen Ergebnis wie Kuznets. Seine Erklärung ist aber plausibler, da der Mensch dazu neigt seine Bedürfnisse stetig zu steigern und somit auch den autonomen Konsum.

Diese drei hier kurz skizzierten Hypothesen spiegeln zumindest teilweise das empirisch erfassbare österreichische Einkommen-Konsumverhalten wider. Von der Beschreibung weiterer Einkommenshypothesen soll aufgrund relativ realitätsferner Annahmen und dem für Österreich fehlenden empirischen Datenmaterial hier abgesehen werden.

4. Die Einkommensverteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher

Lorenz-Kurve

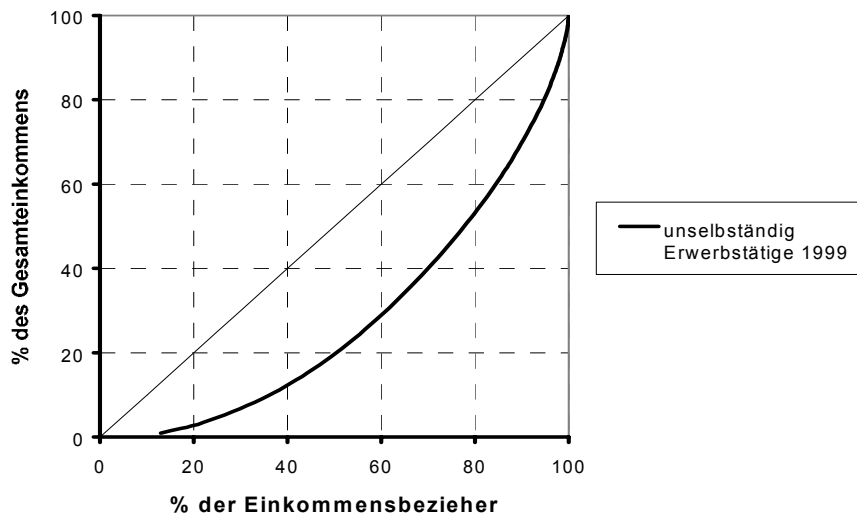
Ein einfaches und zugleich anschauliches Instrument zur Darstellung von Verteilungen ist die Lorenz-Kurve. So lässt sich durch diese Kurve unter anderem der Grad der Gleichheit bzw. Ungleichheit von Einkommensverteilungen innerhalb einer Volkswirtschaft darstellen. Dabei wird auf der Abszisse die Anzahl der Einkommensbezieher in Prozent aufgetragen und auf der Ordinate der Prozentsatz des Gesamteinkommens, der von den Einkommensbezieher der betrachteten Volkswirtschaft verdient wird.

45°-Gerade wäre eine Kurve völlig gleichmäßiger Verteilung

Die 45°-Gerade wäre demnach eine Kurve völlig gleichmäßiger Verteilung. Daraus folgt, dass 10 % der Einkommensbezieher 10 % des Gesamteinkommens beziehen, 20 % der Bezieher eben 20 % des Gesamteinkommens usw. Hier würden keine Einkommensdifferenzen auftreten, da jede Wirtschaftseinheit über das gleiche Einkommen verfügt.

Die tatsächliche Verteilung ist aber doch wesentlich ungleichmäßiger. Daher ist dies keine 45°-Gerade, sondern eine konvex zum Punkt A verlaufende Kurve. Die Ungleichheit der Verteilung des Einkommens steigt mit zunehmender Krümmung der Kurve an.²⁸

Abbildung 1: Lorenz-Kurve der lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher für das Jahr 1999



Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohnsteuerstatistik 1999, eigene Berechnungen

Die in Abbildung 1 dargestellte Lorenz-Kurve gilt für die Gesamtheit der lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher (ausgenommen Lehrlinge) aus dem Jahr 1999. In diesem Jahr verdienten die einkommensschwächsten 20 % der unselbständig Erwerbstätigen nicht einmal drei Prozent des Gesamteinkommens.

Hingegen bezogen die einkommensstärksten 20 % beinahe die Hälfte des gesamten Einkommens.

die einkommensstärksten 20 % bezogen beinahe die Hälfte

Wie sich die Situation der Schilling-Einkommensmillionäre, und wir sprechen dabei von nicht einmal zwei Prozent der lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher, in Österreich entwickelte, wollen wir im Folgenden aufzeigen.

4.1. Die Einkommensentwicklung der Schillingmillionäre

*EUR 76.673/
ATS 1 Mio.
Reichtums-
grenze*

Für die folgende Untersuchung setzten wir die Reichtumsgrenze bei EUR 72.673 Jahresbruttoeinkommen fest. Das ist die Einkommensgrenze der auf Schillingbasis definierten Millionäre. Im Folgenden wird sich der Begriff Millionär immer auf die ehemalige österreichische Währung beziehen. Unter 4.2 werden wir die lohnsteuerpflichtigen Einkommensmillionäre der Jahre 1994 und 1999 analysieren. Datenquelle bildeten die Lohn- und Einkommenssteuerstatistiken der jeweils aktuellsten sechs Jahre.

4.2. Untersuchung der lohnsteuerpflichtigen Einkommensmillionäre

*im Basisjahr
1994: 1,14 %
der Lohnsteuer-
pflichtigen*

In dieser Untersuchung vergleichen wir alle der Lohnsteuerpflicht unterliegenden Arbeiter, Angestellten, Beamten und Pensionisten. Die erste Analyse bezieht sich auf die Veränderung der Einkommensmillionäre im Jahr 1999 gegenüber 1994. Die unselbstständig erwerbstätigen Einkommensmillionäre (auf Schillingbasis) bildeten im Basisjahr mit 59.538 Steuerfällen 1,14 % der Gesamtheit der Lohnsteuerpflichtigen.

90 % Männer

Der Frauenanteil unter den unselbstständigen Einkommensmillionären lag 1994 bei 9,5 % (oder anders ausgedrückt waren über 90 % der lohnsteuerpflichtigen Einkommensmillionäre Männer). Beinahe $\frac{2}{3}$ aller Millionäre zählten die männlichen Angestellten, knapp 12 % stellten die Beamten und 9,4 % entfielen auf die Pensionisten.

Mit 6,7 % aller Millionäre kamen die weiblichen Angestellten als einzige Gruppe der Frauen den Männern am nächsten. Die restlichen Gruppen kamen über einen Anteil von drei Prozent (im Falle der Arbeiter) nicht hinaus (Pensionistinnen: 1,6 %, Beamtinnen: 1 % und Arbeiterinnen: 0,2 %).

Bis 1999 verzeichneten die Einkommensmillionäre einen Zuwachs auf insgesamt 93.449 Steuerfälle (1,72 % der gesamten Lohnsteuerpflichtigen), was einem Plus von 57 % gegenüber 1994 entspricht.

*1999 ein Plus
von 57 %
gegenüber 1994*

Der Anteil der weiblichen Einkommensmillionäre stieg auf 11,3%, wovon die Angestellten mit einem Prozentpunkt und die Pensionistinnen mit +0,7 Prozentpunkten die größten Steigerungen aufweisen konnten. Die Beamtinnen kamen mit +0,2 Prozentpunkten auf insgesamt 1,2 % und die Arbeiterinnen halbierten ihren ohnehin äußerst geringen Millionärsanteil von 0,2 Prozentpunkten im Jahr 1994 auf 0,1 %.

Die Dominanz der männlichen Einkommensmillionäre bestand auch 1999, obwohl eine äußerst geringe Verschiebung zu Gunsten der Frauen stattgefunden hatte. Die männlichen Angestellten stellten, trotz eines Rückgangs von 1,7 Prozentpunkten, auch in diesem Jahr mit einem Anteil von 64,6 % aller Lohnsteuerpflichtigen Einkommensmillionäre die absolut größte Gruppe. Die Beamten gaben von ihren beinahe 12 % Millionärsanteil aus 1994 bis 1999 einen Prozentpunkt ab. Den einzigen Zuwachs der männlichen Einkommensmillionäre konnten mit +1,8 Prozentpunkten gegenüber dem Basisjahr die Pensionisten verzeichnen und verdrängten damit die Beamten von Platz zwei des Rankings der Einkommensmillionäre.

*männliche
Angestellte die
größte Gruppe*

Tabelle 1: Einkommensverteilung 1994 der Einkommen über und unter EUR 72.673

1994	über EUR 72.673				bis EUR 72.673			
	Fälle	%	Eink. in Mio. EUR	%	Fälle	%	Eink. in Mrd. EUR	%
Frauen								
Arbeiter & Angestellte	4.136	0,31	444,32	2,30	1.328.922	99,69	18,89	97,70
Beamte	603	0,58	60,37	2,06	103.915	99,42	2,87	97,94
Pensionisten	938	0,09	89,12	0,86	1.053.469	99,91	10,24	99,14
gesamt Frauen	5.677	0,23	593,81	1,82	2.486.306	99,77	32,00	98,18
Männer								
Arbeiter & Angestellte	41.255	2,48	4.291,41	10,79	1.621.466	97,52	35,47	89,21
Beamte	7.031	2,77	665,71	8,00	247.171	97,23	7,66	92,00
Pensionisten	5.575	0,70	553,17	4,38	791.157	99,30	12,07	95,62
gesamt Männer	53.861	1,98	5.510,29	9,08	2.659.794	98,02	55,20	90,92
gesamt	59.538	1,14	6.104,10	6,54	5.146.100	98,86	87,20	93,46

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohnsteuerstatistik 1994, eigene Berechnungen

Tabelle 1 zeigt für das Jahr 1994 die Häufigkeiten der Steuerfälle und die Einkommen über und bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von EUR 72.673, geschlechterspezifisch nach Arbeiter & Angestellte²⁹, Beamte und Pensionisten dargestellt. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtheit der jeweiligen betrachteten Gruppe.

4.136 weibliche
Angestellte
& Arbeiter

Zum Beispiel für die Spalte „über EUR 72.673“: Von dem im Jahr 1994 über 5,1 Mio. Steuerfällen entfielen 4.136 auf die weiblichen Arbeiter & Angestellten, was einem Anteil von 0,31 % innerhalb dieser Gruppe entspricht. Mit EUR 444,32 Mio. lukrierten diese Schilling-Einkommensmillionärinnen 2,3 % des gesamten Jahresbruttoeinkommens aller unselbstständig erwerbstätigen weiblichen Arbeiter & Angestellten.

Tabelle 2: Einkommensverteilung 1999 der Einkommen über und unter EUR 72.673

1 9 9 9	über EUR 72.673				bis EUR 72.673			
	Fälle	%	Eink. in Mio. EUR	%	Fälle	%	Eink. in Mrd. EUR	%
Frauen								
Arbeiter & Angestellte	7.323	0,52	770,51	3,44	1.409.299	99,48	21,65	96,56
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>3.187</i>	<i>77,06</i>	<i>326</i>	<i>73,41</i>	<i>80.377</i>	<i>6,05</i>	<i>2,76</i>	<i>14,62</i>
Beamte	1.123	1,03	99,25	2,83	108.388	98,97	3,41	97,17
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>520</i>	<i>86,24</i>	<i>39</i>	<i>64,40</i>	<i>4.473</i>	<i>4,30</i>	<i>0,54</i>	<i>18,95</i>
Pensionisten	2.125	0,19	232,27	1,83	1.119.845	99,81	12,47	98,17
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>1.187</i>	<i>126,55</i>	<i>143</i>	<i>160,63</i>	<i>66.376</i>	<i>6,30</i>	<i>2,23</i>	<i>21,73</i>
gesamt Frauen	10.571	0,40	1.102,03	2,85	2.637.532	99,60	37,53	97,15
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>4.894</i>	<i>86,21</i>	<i>508</i>	<i>85,59</i>	<i>151.226</i>	<i>6,08</i>	<i>5,53</i>	<i>17,28</i>
Männer								
Arbeiter & Angestellte	62.402	3,74	7.119,32	15,77	1.606.149	96,26	38,04	84,23
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>21.147</i>	<i>51,26</i>	<i>2.828</i>	<i>65,90</i>	<i>- 15.317</i>	<i>-0,94</i>	<i>2,57</i>	<i>7,25</i>
Beamte	10.035	4,16	937,71	10,41	231.404	95,84	8,07	89,59
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>3.004</i>	<i>42,73</i>	<i>272</i>	<i>40,86</i>	<i>- 15.767</i>	<i>-6,38</i>	<i>0,41</i>	<i>5,39</i>
Pensionisten	10.441	1,21	1.210,89	7,70	855.839	98,79	14,52	92,30
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>4.866</i>	<i>87,28</i>	<i>658</i>	<i>118,90</i>	<i>64.682</i>	<i>8,18</i>	<i>2,45</i>	<i>20,25</i>
gesamt Männer	82.878	2,99	9.267,92	13,26	2.693.392	97,01	60,63	86,74
<i>Verä.: 99/94</i>	<i>29.017</i>	<i>53,87</i>	<i>3.758</i>	<i>68,19</i>	<i>33.598</i>	<i>1,26</i>	<i>5,43</i>	<i>9,83</i>
Summe	93.449	1,72	10.369,95	9,56	5.330.924	98,28	98,16	90,44

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohnsteuerstatistik 1999, eigene Berechnungen

Tabelle 2 präsentiert die Anzahl der Steuerfälle und das Einkommen für das Jahr 1999. In kursiver Schrift sind die Veränderungen zum Jahr 1994 dargestellt. D. h., im Fall der weiblichen Arbeiter & Angestellten betrug die Veränderung der Steuerfälle über EUR 72.673 +3.187, was einer +77,6%igen Steigerung gegenüber 1994 entspricht. Das Einkommen dieser Gruppe erhöhte sich um EUR 326 Mio., ein Plus von 73,41%.

*gegenüber 1994
+3.187 bei den
weiblichen
Arbeitern &
Angestellten*

Die wichtigsten Ergebnisse dieser zwei Tabellen:
Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, lukrierten die Masse des Einkommens über dieser Schillingmillionärgrenze die männlichen Angestellten (der Anteil der Arbeiter ist verschwindend klein

0,8 % der Lohnsteuerpflichtigen verdienen beinahe 5 % der Lohnsumme

und stammt überwiegend aus Abfertigungen) mit beinahe EUR 4,3 Mrd., was ca. 4,6 % der Lohnsumme der unselbstständig Beschäftigten im Jahr 1994 entspricht. In anderen Worten, nur 0,8 % der Lohnsteuerpflichtigen, also 41.255 Personen, verdienten im Jahr 1994 diese beinahe fünf Prozent der gesamten Lohnsumme.

Die Wahrscheinlichkeit innerhalb der einzelnen Gruppen, also Arbeiter & Angestellte, Beamte und Pensionisten, zu den Einkommensbeziehern über EUR 72.673 zu gehören, war bei den männlichen Beamten mit 2,77 % am größten.

Im Jahr 1999 zeigt sich ein ähnliches Bild wie 1994. Hier zu Lande waren und sind die männlichen Angestellten als einkommensreich zu interpretieren. So verdienten sie sechs Jahre später mit 7,1 Mrd. EUR oder 6,6 % des gesamten Jahresbruttoeinkommens um zwei Prozentpunkte mehr als 1994.

Zuwachs von EUR 8.500 gegenüber nur EUR 1.500

Das Einkommen der Gesamtheit der Schillingmillionäre stieg in diesen sechs Jahren um 4,3 Mrd. EUR an, während im Vergleich jenes Einkommen der restlichen Lohnsteuerpflichtigen um nur knapp 11 Mrd. EUR zunahm. Anhand der errechneten durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommen bedeutet das, dass die „Einkommensreichen“ einen Zuwachs um ca. 8.500 EUR auf 111.000 EUR verzeichneten, während die restlichen Einkommensbezieher im Jahr 1999 nur um 1.500 EUR mehr (durchschnittlich 18.400 EUR) als 1994 auf ihrem Einkommenskonto verbuchten.

jeder 58. lohnsteuerpflichtige Einkommensbezieher Schillingmillionär

Ein statistisches Detail am Rande: Im Jahr 1994 war jeder 87. lohnsteuerpflichtige Einkommensbezieher ein Schillingmillionär, 1999 bereits jeder 58.

Vergleich mit den der Einkommenssteuerpflicht unterliegenden Personen:

Die der Einkommenssteuer unterliegenden Einkünfte bilden sich zum einen aus den betrieblichen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und Selbstständige) und zum anderen

aus den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und den sonstigen Einkünften. In Summe bilden diese Personen nur ein knappes Zehntel der unselbständig Erwerbstätigen.

Der Einkommensanteil der Millionäre betrug 1992 mit EUR 4,7 Mrd. ca. 37 % des gesamten Einkommens dieser Gruppe. Die Frauen bezogen von diesem Betrag 17 %. Bis 1997 verzeichneten die Einkommen der Millionäre einen Zuwachs um 38,4 % auf EUR 6,5 Mrd. Diese Steigerung entsprach annähernd jener der gesamten Einkommenssteigerung und somit blieb der Anteil über EUR 72.673 wie bereits 1992 bei 37,5 %. Auch die Frauen veränderten ihre Quote aus 1992 nur um $\frac{1}{10}$ Prozentpunkt auf 17,1 %.

*Einkommens-
anteil der
Millionäre 37 %*

Das Einkommen der über EUR 72.673 Verdienenden ist bei den Einkommenssteuerpflichtigen wesentlich höher als bei den Lohnsteuerpflichtigen (37,5 % gegenüber ca. 10 %). Dies auch vor allem darum, weil erstere Gruppe unter anderen die Selbstständigen (Ärzte, Rechtsanwälte, ...) und Gewerbetreibende enthält, also Personen, deren Einkommen naturgemäß höher liegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die lohn- und einkommenssteuerpflichtigen Einkommensbezieher, welche über EUR 72.673 verdienen, jährlich zusammen eine Summe von mindestens EUR 18 Mrd. beziehen, wobei die Tendenz stark steigend ist.

*EUR 18 Mrd.,
Tendenz stark
steigend*

5. Verteilungsgerechtigkeit

Im Zuge der auch von der EU verlangten, zwar nur in ersten Ansätzen erfolgten, Budgetkonsolidierung sollten verteilungspolitische Fragen auch in Österreich wieder eine wichtigere Rolle in der wirtschaftspolitischen Diskussion erhalten. Mit den die Regierungstätigkeit begleitenden alltäglichen und rituell vorgebrachten Sparappellen drängen sich ansonsten gesellschaftliche Gruppen in den medialen Vordergrund, die selbst keinesfalls bereit sind bei sich zu sparen.

Sparappelle

- Umverteilung nach oben* Die Wortführer dieser Interessensgruppen versuchen mit viel Erfolg unter dem Titel „Stopp dem Schuldenmachen“ einschneidende Maßnahmen zu begründen, die nichts anderes darstellen als eine Umverteilung nach oben. Es wird Zustimmung vom Staatsbürger eingefordert, auch wenn es sich dabei nur um einen ehemals beitragszahlenden Mindestrentner oder eine Ausgleichszulagenbezieherin handelt.
- es gibt geeignetere Mittel* Es muss eingewendet werden, ob es nicht geeignetere Mittel als eine höhere Unfallrentenbesteuerung oder Ambulanzgebühren gibt, um die Budgetsanierung voranzutreiben. Dieser Kritik entsprechend sollten sich Budgetmaßnahmen in Zukunft mehr auch nach ihrer Verteilungswirkung richten und nicht allein nach den an sich erstrebenswerten Zielen (in besseren Zeiten) möglichst ausgeglichen zu budgetieren oder sogar Überschüsse zu erwirtschaften, um die Staatsschulden reduzieren zu können.
- Hinterfragen der unterschiedlichen Verteilung* Die unterschiedliche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist natürlich nicht eine Angelegenheit, die erst in unserer heutigen Gesellschafts- und Eigentumsordnung hinterfragt wird.
- Produktion bzw. Einkommen* Die Vorläufer der klassischen Ökonomen definierten Reichtum eines Landes als den Bestand an Gütern, Liegenschaften und Bodenschätzen. Die Klassiker entwickelten einen Reichtumsbegriff, welcher sich auf die Produktion bzw. das Einkommen, das innerhalb einer bestimmten Zeit erwirtschaftet werden kann, stützt. Es dreht sich dabei alles um die potenzielle Möglichkeit aus einer Investition Erträge zu erzielen. Je mehr in einem Land investiert wird, desto produktiver und reicher wird seine Gesellschaft sein.
- nur die Wohlhabenden können wirklich sparen* Um die Investitionsquote zu erhöhen, muss vorher aber mehr gespart werden. Um diese höhere Ersparnis zu erzielen, muss aber eine ungleichere Einkommensverteilung in Kauf genommen werden. Da eben nur die Wohlhabenden wirklich sparen können, würde so jede Angleichung der Einkommen die Spar-

neigung senken und somit die Investitionen reduzieren. Damit sollte begründet werden, dass der volkswirtschaftliche Kuchen jedes Jahr nur dann größer wird, wenn nicht jeder immer ein größeres Stück erhält.

Methodisch völlig anders werden die Konsequenzen der Einkommensverteilung von A. C. Pigou gesehen, der zur selben Zeit wie J. M. Keynes in Cambridge unterrichtete, aber trotz wichtiger Arbeiten fast immer in seinem Schatten stand. Er plädierte dafür die Einkommen anders zu verteilen, um die Wohlfahrt zu mehren, und begründete dies nutzentheoretisch.³⁰ Ein Reicher ziehe aus seinem (zusätzlichen) Einkommen einen geringeren (Grenz-)Nutzen als ein Armer. Deshalb werde ein Wohlhabender unter einer Steuer nicht so stark leiden. Er sprach sich dafür aus, die Reichen zu besteuern und das Geld den Armen zu geben.

*geringerer
(Grenz-)Nutzen
bei den Reichen*

Doch muss der Blick für die Realität aufrechterhalten bleiben. Diese nutzentheoretischen Argumente oder ähnliche Urteile versuchen zu bestimmen, wie viel Reichtum zulässig ist. Sie haben jedoch innerhalb der geltenden Wirtschaftsordnung nur unter der Fragestellung Platz, was ihre Verwirklichung für einen Preis hat, für die Politik nur unter der Fragestellung, wie viele Wählerstimmen ihre Verwirklichung einbringt oder abzieht.³¹ Eingebrachte Vorschläge für Einkommensänderungen zur Beschneidung von Reichtum sind insofern nur unter den Grundbedingungen populär, dass sie entweder gesamtwirtschaftlich leistbar und/oder politisch mehrheitsfähig sind.

*Beschneidung
von Reichtum*

Empirisch zeigt sich, dass dies sehr selten der Fall ist. Die Widerstände gegen Umverteilungsmaßnahmen haben dazu geführt, die Reichtumsverteilung im Zeitablauf relativ stabil zu halten. So hat sich auch in Phasen des – im Relation zu heute – starken Wirtschaftswachstums zwischen 1955 und 1968 die Ungleichheit sowohl in der Gruppe der Einkommensteuerpflichtigen als auch der Lohnabhängigen eher verfestigt.³² Ein rascheres Wirtschaftswachstum hat den Schein einer gleich-

*Reichtums-
verteilung im
Zeitablauf
relativ stabil*

mäßigen Konsum- und Wohlstandssteigerung aufrechterhalten, ohne dass es zu mehr Verteilungsgerechtigkeit gekommen ist.

6. Zusammenfassung und Ausblick

*wenig
erforschte
Größe*

Das Phänomen Reichtum ist im Vergleich zur Armut eine bis dato wenig erforschte Größe. Allein die Tatsache, dass keine wissenschaftlich fundierte Definition existiert, macht objektive Vergleiche im gewünschten Ausmaß kaum möglich.

*demonstrativer
Konsum*

Die zu diesem Thema boomenden Medien zielen hauptsächlich darauf ab, Reichtum als Kuriosität darzustellen und auflagensteigernde Reportagen aus der exotisch anmutenden Welt der Reichen zu publizieren. Der Eindruck des demonstrativen Konsums bei denen, über die berichtet werden soll, lässt sich nicht leugnen.

Man will verstärkt in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Die statistische Auswertung zeigt aber, dass es sich nicht um eine allzu große Personengruppe handelt – die Tendenz ist allerdings stark steigend.

*zwei Prozent
der Lohnsteuer-
pflichtigen
Einkommens-
bezieher*

Nicht einmal zwei Prozent der Lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher sind in Schillingbeträgen gemessene Einkommensmillionäre. Sie beziehen ein Jahresbruttoeinkommen von mehr als 72.673 Euro.

Ein ganz geringer Teil innerhalb dieser Gruppe und bei den veranlagungspflichtigen Einkommensbeziehern verfügt über wirkliche Spitzeneinkommen (vor allem, wenn man internationale Maßstäbe anlegt) und steht im Rampenlicht der öffentlichen Interesses.

Das Gleiche gilt für die Vermögensbesitzer, deren Vermögen aufgrund der zunehmend in Aktien angelegten Gelder in letzter Zeit transparenter wird, aber, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, auch unsicherer ist.

Bis 1999 verzeichneten die Einkommensmillionäre einen Zuwachs auf insgesamt 93.449 Steuerfälle (1,72 Prozent der gesamten Lohnsteuerpflichtigen), was einem Plus von 57 Prozent gegenüber 1994 entspricht.

Plus von 57 Prozent gegenüber 1994

Wenn man den unteren und den oberen Einkommensbereich vergleicht, lässt sich Folgendes feststellen: Im Jahr 1999 verdienten die einkommensschwächsten 20 % der unselbstständig Erwerbstätigen nicht einmal drei Prozent des Gesamteinkommens. Hingegen häuften die einkommensstärksten 20 % beinahe die Hälfte des gesamten Einkommens an.

die einkommensstärksten 20 % besitzen die Hälfte des gesamten Einkommens

Schließlich ist ein weiteres Faktum, wie die für den Bereich des Einkommens relativ gut gegliederten Statistiken zeigen, dass 85–90 % der auf Schillingbasis ermittelten Millionäre männlichen Geschlechts sind.

Die statistische Messung zeigt, dass die Einkommensverteilung innerhalb der reichen Österreicher ungleicher ist, als beim übrigen Teil der Bevölkerung.³³ Die Einkommensverteilung innerhalb der Gruppe aus der veranlagten Einkommensteuer (Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung usw.) ist wesentlich ungleicher als bei den lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher.

Einkommensverteilung innerhalb der reichen Österreicher

So wünschenswert eine Verbesserung der Einkommensverteilung aus gewerkschaftlicher, aber auch aus wettbewerbsorientierter Sicht ist, so schlecht stehen allerdings die Zeichen dafür. Durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte und des Kapitalverkehrs scheint eine nationale Lösung undenkbar.

nationale Lösung undenkbar

Relativ kleine Länder wie die Schweiz oder Luxemburg – wie einige Beispiele zeigen, befindet sich auch Österreich darunter – lernen zunehmend den wirtschaftlichen Druck zur Kapitalflucht auszunutzen. Man braucht nicht Monaco, Liechtenstein oder gar Off-shore Steueroasen nennen. Wir erleben auch in Österreich hautnah eine „Investorenökonomie“, die die Politik

Kapitalflucht

am Gängelband vorführt, und bezüglich der Reichtumsfrage erfahren wir praktisch eine Version des nicht mehr nur Ökonomen geläufigen Gefangenendilemmas.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Deutsche Bundesregierung (Hg.), Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: www.bma.bund.de 2001, S. 10
- 2 Vgl. „Spitze: Magna-Chef und Randa“, in: OÖNachrichten, 23.08.2001
- 3 Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Lohnsteuerstatistik 1999, Wien 2001
- 4 Die Berechnung erfolgt auf Basis von 260 Arbeitstagen: 52 Wochen x 5 Tage
- 5 Ob dies tatsächlich zutrifft, werden wir empirisch untersuchen.
- 6 Vgl. AKOÖ, Die Arbeitnehmer tragen die Steuerlast! – Daten und Fakten zu den Steuern, Stand: September 2002
- 7 Vgl. „Ansprache zum Reichtum“, in: OÖNachrichten, 13.10.2001
- 8 Vgl. K. Buttinger, „Leben auf dem Billiglohn-Abstellgleis“, in: OÖNachrichten, 15.09.2001
- 9 Vgl. D. Mascher, „Katholiken halten ihr Geld geheim“, in: OÖ-Nachrichten, 24.08.2001
- 10 Vgl. K. Riffert u. a. „Reich, reicher, ganz reich“, in: trend 7–8/2001, S. 88 ff.) und K. Riffert u. a. „Die 100 reichsten Österreicher“, in: trend 7–8/2002, S. 60 ff.
- 11 Vgl. www.rascass.com/ (14.12.01)
- 12 Vgl. , K. Hillmann, Die 100 reichsten Deutschen, in: <http://www.managermagazin.de/koepfe/reichste/>
- 13 Brockhaus Enzyklopädie, Leipzig u. Mannheim 1998
- 14 Vgl. Gablers Wirtschaftslexikon, Wiesbaden 1992
- 15 Vgl. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Wer ist reich? – Zur Auswertung hoher Einkommen, Heft 7/2001, S. 520
- 16 Vgl. A. P. Samuelson, W. D. Nordhaus, Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, Köln 1987, S. 222
- 17 Vgl. R. Dornbusch, S. Fischer, Makroökonomik, München u. Wien 1987, S. 207
- 18 Vgl. Deutsche Bundesregierung (Hg.), Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: www.bma.bund.de 2001, S. 62 f
- 19 Das Einkommen verkörpert Geldmengen pro Jahr und ist somit als eine Stromgröße aufzufassen, als eine Größe mit zeitlicher Dimension.
- 20 Vgl. P. A. Samuelson, W. D. Nordhaus, Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, Köln 1987, S. 672
- 21 Vgl. G. S. Becker, Human Capital, National Bureau of Economic Research, New York 1975
- 22 Dass man mit „Zusperrern“ viel Geld verdienen kann, zeigt sich am Beispiel „Semperit“. Hubertus von Grünberg (ehemaliger Chef des Reifenherstellers Continental) berichtet im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schon drei Jahre vor der endgültigen Schließung des Werkes relativ freimütig über seine Erfahrungen:

„Es ist nicht immer einfach, die angelsächsischen Investoren zufrieden zu stellen. Manchmal geht es heftig zur Sache. Einmal erschien eine Dame, vielleicht knapp 30 Jahre alt, die sich meine Story ruhig anhörte. Es sei ja interessant und richtig, dass ich das Unternehmen restrukturieren wolle, meinte sie anschließend. Aber in Amerika hätten sie den Eindruck gewonnen, dass so etwas im sozialistischen Deutschland nicht durchsetzbar sei. Deshalb könne sie die Aktie nicht kaufen.

Kurz darauf habe ich in Österreich eine Reifenfabrik halbiert, gegen erhebliche Widerstände. Das hatten die angelsächsischen Investoren nicht für möglich gehalten. Danach hat dieselbe Dame unsere Aktien gekauft. Es ist schon zynisch: Die Not meiner Arbeitnehmer brachte mir Erfolg bei meinen Aktionären.“ Vgl. „Ich bin der Diener“, Der Spiegel Jg. 1999, Nr. 10

- 23 Vgl. E. Böventer, G. Illing, Einführung in die Mikroökonomie, München u. Wien 1995, S. 45 ff
- 24 Vgl. Th. Hirschrodt, P. Hofstadler, Reichtum in Österreich unter volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten (Diplomarbeit), Linz 2002, S. 36 ff
- 25 Vgl. J. M., Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1964, S. 96 und G. Blümle, Wirtschaftskreislauf, Beschäftigung und Inflation, Freiburg 1979, S. 120 f
- 26 Vgl. E. Feess, F. Tibitanzl, Makroökonomie, Band 2, 2. Auflage, München, 1997, S. 52 f
- 27 Vgl. E. Feess, F. Tibitanzl, Makroökonomie, a. a. O., S. 53 ff
- 28 Vgl. R. Emrich, Theorie der Einkommensverteilung, Wiesbaden 1978, S. 9 ff
- 29 Es gibt nur wenige Steuerfälle von Arbeitern, deren Jahresbruttoeinkommen über EUR 72.673 liegen. Diese bilden sich zum Großteil aus Jahreseinkommen und Abfertigungen. Es ist aber nicht möglich die Verteilung der Abfertigungszahlungen separat herauszurechnen.
- 30 Vgl.: A. C. Pigou, Essays in Applied Economics, London 1991
- 31 Vgl.: R. Münch, Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme, S. 87, in: W. Heitmayer (Hg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? – Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. 2, Frankf. a. M. 1997, S. 66–109
- 32 Vgl. G. Chaloupek, H. Ostleitner, Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich, in: H. Fischer (Hg), Das politische System Österreichs, Wien 1974, S. 453–468
- 33 Vgl. Th. Hirschrodt, P. Hofstadler, Reichtum in Österreich unter volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, a. a. O., S. 78 ff

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at